

[◀ zurück](#)

Kreis Offenbach

Verdacht auf Untreue

VON CHRISTOPH MANUS

Die Opposition kritisiert es schon lange und fordert Aufklärung, jetzt interessiert sich auch die Staatsanwaltschaft dafür: Ein Teil der 57 Millionen Euro, die die Beteiligungsgesellschaft des Kreises langfristig angelegt hatte, soll verloren sein und dieser Verlust in den Bilanzen nicht auftauchen. Die Staatsanwaltschaft Darmstadt ermittelt unter anderem wegen des Verdachts auf Untreue gegen die Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft (KVBG). Das hat deren Sprecher Ger Neuber gestern bestätigt.

Anlass für die Ermittlungen seien Zeitungsartikel vom 18. Oktober 2008. Darin hatten die Freien Wähler im Kreis Offenbach moniert, dass in der Bilanz der Tochtergesellschaft des Kreises Offenbach Wertverluste nicht berücksichtigt worden seien. Dort sei weiterhin von einer Finanzanlagesumme von 57 Millionen Euro die Rede. Diese entspricht dem Nettogewinn aus dem Verkauf von Anteilen der Energieversorgung Offenbach im Jahr 2000.

Investiert wurde das Geld in Immobilien im gesamten Bundesgebiet. Inzwischen sei jedoch das gesamte Eigenkapital von 13 Millionen, die in die Nobelvillen-Siedlung Glienicke bei Berlin flossen, verloren und auch die Beteiligung an der Hotelanlage Fleesensee in Mecklenburg-Vorpommern nur noch ein Viertel wert. Weitere 31,5 Millionen Euro, die die KVBG in Fonds angelegt hat, seien nun eine halbe Million weniger wert.

Die Staatsanwaltschaft gehe mehreren in den Artikeln erhobenen Vorwürfen nach, sagte Neuber. Zunächst würden Zeugen befragt, Unterlagen ausgewertet. Landrat Peter Walter (CDU) kommentierte die Vorwürfe gestern nicht. "Wir geben keine Stellungnahme ab - schon aufgrund der Tatsache, dass wir auf Umwegen erfahren haben, dass ein Ermittlungsverfahren vorliegt", sagte Sprecherin Kordula Egenolf.

Freie Wähler für Depotauflösung

Der SPD-Fraktionschef im Kreistag, Werner Müller, sagte gestern auf Anfrage, es gebe keinen Anlass zur Vermutung, dass etwas Strafrechtsrelevantes vorliege. Es sei aber Konsens, die Kapitalanlagen aufzulösen. Das heiße jedoch nicht, dies zu einem ungünstigen Zeitpunkt zu tun.

Die Freien Wähler drängen indes weiter darauf, das Geldanlagendepot des Kreises in vermögensschonender Weise aufzulösen und die Anteile der Kreistochter an den Immobilienprojekten zum Ablauf der Bindungsfrist zu kündigen. Diese endet für Fleesensee im Jahr 2009, für Glienicke 2010.

Walter hatte im November des vergangenen Jahres im Dietzenbacher Kreistag gesagt, das Geld des Kreises sei sicher angelegt, was vor allem der Entscheidung für eine langfristige, "eher konservative Anlagestrategie" zu verdanken sei.

Zudem sei der Kreishaushalt in der Zeit von 2001 bis 2007 dank der 21 Millionen, die in die beiden Immobilienprojekte Fleesensee und Glienicke flossen, um etwa 24,8 Millionen Euro an Steuern entlastet worden.

Die Grünen fürchteten vor allem um das in Fleesensee angelegte Geld. Das umstrittene "Bombodrom", ein Truppenübungsplatz in der Umgebung der Hotelanlage, soll wieder in Betrieb genommen werden.

[document info]

Copyright © FR-online.de 2009

Dokument erstellt am 02.02.2009 um 19:44:01 Uhr

Letzte Änderung am 03.02.2009 um 16:39:47 Uhr

Erscheinungsdatum 03.02.2009

URL: http://www.fr-online.de/fr/frankfurt_und_hessen/nachrichten/kreis_offenbach/?em_cnt=1669300&em_loc=3374